



2016/18 Inland

<https://jungle.world/artikel/2016/18/kein-schutz-im-freistaat>

Es gibt zu wenige Frauenhäuser in Bayern

Kein Schutz im Freistaat

Von **Johannes Hartl**

Jahrelang wurden die mangelhafte Ausstattung und die Überbelegung von Frauenhäusern in Bayern kritisiert, jetzt bestätigt eine Studie diese Missstände. Doch statt die Mittel aufzustocken, hat die zuständige Ministerin erst einmal eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Die Situation der bayerischen Frauenhäuser war lange ein Streitpunkt zwischen der regierenden CSU und den Oppositionsparteien. Immer wieder haben SPD, Grüne und Freie Wähler die Lage in den Einrichtungen beklagt und desolate Zustände aufgelistet. Vor allem die starke Überbelegung und die daraus resultierende Ablehnung von Hilfesuchenden sorgte permanent für Unmut. Doch die Staatsregierung zeigte kein Einsehen – sie lehnte Anträge, die auf Verbesserung zielten, ab und verwies auf Untersuchungen, die zur Beurteilung der tatsächlichen Situation noch nötig seien. Nun hat der Freistaat eine erste wissenschaftliche Studie vorgelegt. Im Auftrag des Sozialministeriums unter Leitung von Emilia Müller (CSU) hat das Institut für empirische Soziologie der Universität Erlangen-Nürnberg einen Bericht erarbeitet, der die Zustände mittels »empirischer Erhebung und der sekundäranalytischen Auswertung vorhandener Daten« einschätzt. Dazu haben die Wissenschaftler Online-Befragungen vorgenommen und Gruppendiskussionen mit Beschäftigten des Hilffsystems sowie »vertiefende Interviews« geführt. Herausgekommen ist ein knapp 130 Seiten umfassender Bericht mit einer detaillierten Auflistung aller relevanten Kritikpunkte und eigener Verbesserungsvorschläge für die Einrichtungen.

Die Studie bestätigt die Opposition. Obwohl der Freistaat seine eigenen Vorgaben im Hinblick auf das Angebot erfüllt, reichen die bestehenden Plätze in den Frauenhäusern bei weitem nicht zur Deckung des Bedarfs aus. Insgesamt stehen in Bayern 426 Schutzplätze für Frauen sowie 504 für deren Kinder zur Verfügung. Die Nachfrage ist momentan jedoch wesentlich höher und hat zur Folge, viele Opfer von Gewalt mussten abgewiesen werden. Laut der Erhebung der Erlanger Wissenschaftler war davon im Jahr 2014 jede zweite hilfesuchende Frau betroffen. Bei 1 512 aufgenommenen Frauen sowie 1 489 Kindern fanden demzufolge zwischen 1 500 und 2 000 Personen keinen Schutz. 53 Prozent der befragten Frauenhäuser schätzen das verfügbare Angebot als ungenügend ein. Hinzu kommt, dass etliche Schutzeinrichtungen über zu wenig Personal klagen. Bei der

Arbeit mit den mitgebrachten Kindern werde dieses Problem besonders deutlich, so die Autoren der Studie: »Gemessen an den Empfehlungen der Frauenhauskoordinierung erfüllt lediglich ein Frauenhaus die Vorgaben des Stellenumfangs von 1,5 zu fünf Kinderplätzen. Bei der deutlichen Mehrheit der Frauenhäuser fehlen Stellen im Umfang von mehr als einer Vollzeitstelle; im Durchschnitt fehlen nach dieser Vorgabe 2,7 Vollzeitstellen in den angegeben Häusern.« Außerdem verfügt nur rund die Hälfte der Einrichtungen über genug Personal für die Arbeit im »Frauenbereich«. Je 25 Prozent bewerten die Situation als »teilweise ausreichend« beziehungsweise als »nicht ausreichend«.

Deshalb plädiert die Studie insbesondere für den Ausbau des Angebots und eine »Modifizierung hinsichtlich der Finanzierung und der Stellenschlüssel«. Darüber hinaus müssten Maßnahmen ergriffen werden, um »hochbelastete Zielgruppen« wie Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen mit Behinderungen und Frauen mit psychischen Erkrankungen besser zu erreichen. Diese blieben mit den »bisherigen konzeptionellen Zugängen« noch zu oft außen vor und könnten vielfach nicht hinreichend »unterstützt und/oder geschützt werden«, schreiben die Autoren in ihrem Fazit.

Die Opposition im Landtag sieht sich bestätigt. Die Untersuchung stütze die »schlimmsten Befürchtungen« und liefere »erschreckende« Zahlen, sagt die frauenpolitische Sprecherin der Grünen, Verena Osgyan. »Jetzt, wo die CSU sich nicht mehr damit rausreden kann, dass keine Zahlenbasis da wäre, müssen die Hilfen sofort aufgestockt und ein neues Gesamtkonzept erstellt werden.« Ähnlich sieht es die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Simone Strohmayr. Sie fordert eine Aufstockung des Personals, eine Erhöhung der Regelaufenthaltsdauer von sechs Wochen auf drei Monate und eine landesweite Koordinierungsstelle. »Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, müssen die Hilfe bekommen, die sie brauchen«, so Strohmayr.

Sozialministerin Müller hat als Reaktion auf die Studie eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese soll gemeinsam mit Experten, darunter Vertreter des Bayerischen Städte- und Landkreistags sowie Angehörige der Freien Wohlfahrtspflege, »Präventions- und Interventionssysteme für die Betroffenen« entwickeln. Wann Ergebnisse vorliegen werden und erste konkrete Verbesserungen für die Frauenhäuser zu erwarten sind, ist nicht absehbar.